Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement,
der Ausbildung und Forschung DEFR

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzer Überblick über die Vorlage 3

2 Überblick über die Vernehmlassung 3

3 Ergebnisse der Vernehmlassung nach Adressaten 4

3.1 Kantone 4
3.2 Politische Parteien 4
3.3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete 5
3.4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft 5
3.5 Andere 5

4 Ergebnisse der Konsultation nach Themenbereichen 6

4.1 Vorübergehende Risiken für die Wirtschaft bei einem ungeregelten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und Lücken im Bereich der technischen Handelshemmnisse 6
4.2 Einführung bilateraler Zollkontingente 6
4.3 Ursprungsregeln 6
4.4 Schutz des geistigen Eigentums 7
4.5 Fehlende Bestimmungen zu Arbeits- und Umweltstandards 7
4.6 Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen 7

5 Zusammenfassung 8

6 Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden und Abkürzungen 9

1 Kurzer Überblick über die Vorlage

Im Oktober 2016 setzte sich der Bundesrat zum Ziel, die bestehenden Rechte und Pflichten gegenüber dem Vereinigten Königreich über einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) hinaus so weit wie möglich sicherzustellen und in bestimmten Bereichen auszubauen («*Mind the Gap*»-Strategie). Zu diesem Zweck haben die Schweiz und das Vereinigte Königreich unter anderem ein Handelsabkommen (nachfolgend Handelsabkommen Schweiz-UK) ausgehandelt[1]. Dieses wurde am 11. Februar 2019 unterzeichnet. Der Bundesrat eröffnete die Vernehmlassung zum Handelsabkommen Schweiz-UK am 15. Mai 2019. Sie endete am 5. September 2019.

Das Handelsabkommen Schweiz-UK bildet die Grundlage für die künftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich nach erfolgtem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (bzw. nach Ablauf einer allfälligen Übergangsphase). Die bestehenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz mit dem Vereinigten Königreich basieren massgeblich auf einer Vielzahl von bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. So umfasst das Handelsabkommen Schweiz-UK insbesondere das Freihandelsabkommen von 1972[2], das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen[3], das Betrugsbekämpfungsabkommen[4], das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen[5] (MRA) sowie das Agrarabkommen[6]. Das Handelsabkommen Schweiz-UK repliziert die wirtschafts- und handelsrechtlichen Rechte und Pflichten gemäss den bilateralen Abkommen Schweiz-EU so weit wie möglich und sieht vor, dass exploratorische Gespräche zum Ausbau dieser bilateralen Beziehungen geführt werden.

2 Überblick über die Vernehmlassung

Die Vernehmlassung fand zwischen dem 15. Mai und dem 5. September 2019 statt. Die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft wurden zur Stellungnahme eingeladen.

Im Rahmen der Vernehmlassung gingen insgesamt 48 Stellungnahmen ein. 41 Stellungnahmen sprechen sich für den Entwurf des Handelsabkommens Schweiz-UK aus. Zwei sind gegenüber dem Handelsabkommen neutral eingestellt. In fünf Stellungnahmen wurden einzelne Aspekte des Handelsabkommens Schweiz-UK kritisch beurteilt. Keiner der Vernehmlassungsteilnehmenden sprach sich gegen das Abkommen aus.

---

[1] Dieser Vereinbarung ist eine gemeinsame Erklärung zu den Ursprungsregeln beigefügt. Darüber hinaus wurde ein zusätzliches Abkommen zur Ausdehnung bestimmter Bestimmungen des Handelsabkommens auf das Fürstentum Liechtenstein im Rahmen des Zollabkommens Schweiz-Liechtenstein abgeschlossen. Der Einfachheit halber ist der Verweis auf das "Handelsabkommen" im folgenden Text so zu verstehen, dass er alle drei genannten Texte enthält, sofern nicht anders angegeben.

[2] Abkommen vom 22. Juli 1972 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (SR **0.632.401**).

[3] Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens (SR **0.172.052.68**).

[4] Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen (SR **0.351.926.81**).

[5] Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (SR **0.946.526.81**)

[6] Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (SR **0.916.026.81**).

Tabelle 1: Genehmigung/Ablehnung des Handelsabkommens Schweiz-UK

	Handelsabkommen Schweiz-UK
Zustimmend	41
Neutral / nicht dagegen	2
Teilweise kritisch	5
Ablehnend	-
Keine Rückmeldung	16
Total	**64**

Insgesamt wurden 51 Stellen direkt angeschrieben. 35 davon haben zum Handelsabkommen Schweiz-UK Stellung genommen. Darüber hinaus haben 13 weitere Stellen eine Stellungnahme eingereicht.

Tabelle 2 Rückmeldungen der Vernehmlassung nach Adressatenkreisen

	Angeschrieben	**Eingegangen**
Kantone	26	25
Konferenz der Kantonsregierungen	1	0
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	13	4
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	3	2
Spitzenverbände der Wirtschaft	8	4
Andere		13
Total	**51**	**48**

Dieser Bericht erläutert die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens. Sämtliche eingegangenen Positionen wurden veröffentlicht.[7]

3 Ergebnisse der Vernehmlassung nach Adressaten

3.1 Kantone

Von den 26 zur Stellungnahme eingeladenen Kantonen nahmen 25 (**AR, AI, AG, BL, BS, BE, FR, GE, GL, GR, JU, LU, LU, NE, NW, OW, SH, SO, SG, TI, TG, UR, VS, VD, ZG, ZH**) zum Handelsabkommen Schweiz-UK Stellung. Alle Stellungnahmen sprechen sich für das Handelsabkommen Schweiz-UK aus. Generell begrüssen die Kantone, dass bei einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU mit dem Handelsabkommen Schweiz-UK das Entstehen eines Rechtsvakuums in den Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich vermieden wird, dass damit die bestehenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern so weit wie möglich aufrechterhalten werden können und dass das Handelsabkommen Schweiz-UK die Grundlagen für einen Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen schafft.

3.2 Politische Parteien

Vier in der Bundesversammlung vertretene politische Parteien (**FDP, GLP, SPS** und **SVP**) haben eine Stellungnahme zum Handelsabkommen Schweiz-UK eingereicht. Diese Parteien sprechen sich alle für das Handelsabkommen Schweiz-UK aus.

Die **FDP** fordert den Bundesrat auf, die Möglichkeiten einer künftigen engen Zusammenarbeit im Forschungsbereich mit dem Vereinigten Königreich ausserhalb der entsprechenden europäischen Programme zu prüfen.

[7] https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/3052/Stellungnahmen_Handelsabkommen_CH-UK.pdf

Die **GLP** begrüsst, dass mit dem Handelsabkommen Schweiz-UK weitgehende Rechtssicherheit über die wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich geschaffen wird. Um auch rasch Rechtssicherheit über die Handelsbeziehungen mit der EU zu schaffen, fordert sie den Bundesrat auf, auch das institutionelle Abkommen mit der EU abzuschliessen.

Die **SPS** weist darauf hin, dass das Abkommen ein unerwünschtes Signal aussende, ein EU-Austritt eines EU-Mitgliedstaats sei leicht zu bewältigen. Dies insbesondere, weil das Handelsabkommen Schweiz-UK auf EU-Recht verweist.

Auch die **SVP** spricht sich für eine verstärkte Weiterverfolgung eines Ausbaus der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen aus.

3.3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Der Schweizerische Gemeindeverband (**SGV**), der Schweizerische Städteverband (**SSV**) sowie die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (**SAB**) haben keine materielle Stellungnahme zum Handelsabkommen Schweiz-UK übermittelt.

3.4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Von den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft haben der Dachverband der Schweizer Wirtschaft (**economiesuisse**), der Schweizerische Gewerbeverband (**SGV**), der Schweizerische Bauernverband (**SBV**) sowie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (**SGB**) am Vernehmlassungsverfahren teilgenommen. Sie unterstützen das Handelsabkommen Schweiz-UK, heben aber unterschiedliche Punkte hervor.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (**SGB**) unterstreicht, dass das Handelsabkommen Schweiz-UK keine Sicherheit bietet für die internationalen wirtschaftlichen Verzerrungen, die durch einen ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU entstehen können. Der **SGB** begrüsst den parallelen Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zur Weiterentwicklung und Modernisierung des Handelsabkommens Schweiz-UK. Der **SGB** bedauert jedoch, dass das Handelsabkommen Schweiz-UK keine Bestimmungen zu Arbeits- und Umweltstandards beinhaltet.

Der Schweizerische Bauernverband (**SBV**) beurteilt das im Handelsabkommen Schweiz-UK festgehaltene Ziel zu weiteren Handelsliberalisierungen kritisch. Der **SBV** befürchtet, dass eine über das mit der EU vereinbarte Niveau hinausgehende Liberalisierung des Agrarmarktes für die Schweizer Landwirtschaft schwerwiegende Folgen hätte. In diesem Sinne stimmt der **SBV** lediglich dem Handelsabkommen Schweiz-UK zu, falls die Verpflichtungen aus diesem Abkommen nicht zu einer weiteren Liberalisierung des Agrarmarktes führen und das derzeitige Niveau des Grenzschutzes beibehalten wird.

Die **economiesuisse** und **SGV** unterstützen das Handelsabkommen und sprechen sich für einen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich aus.

3.5 Andere

13 weitere Interessengruppen nahmen am Konsultationsverfahren zum Handelsabkommen Schweiz-UK teil. So haben die Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève (**CCIG**), das Centre Patronal (**CP**), die Fédération des Entreprises Romandes (**FER**), der Verband für Hotellerie und Restauration in der Schweiz (**GastroSuisse**), die Spitäler der Schweiz (**H+**), der Dachverband des Schweizerischen Handels (**Handel Schweiz**), die Handelskammer Beider Basel (**HKBB**), der Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz (**Interpharma**), die Schweizerische Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor (**SALS-Schweiz**), der Schweizer Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences (**sci-**

enceindustries), der Textilverband Schweiz (**Swiss Textiles**) der Verband Schweizer Gemüseproduzenten (**VSGP**) und der Schweizerische Verband der Vermögensverwalter (**VSV**) eine Stellungnahme eingereicht.

Während die Mehrheit dieser Interessengruppen (**CCIG, CP, FER, GastroSuisse, H+, Handel Schweiz, HKBB, Interpharma, scienceindustries, Swiss Textiles**) das Handelsabkommen Schweiz-UK vorbehaltslos unterstützt, sprechen sie drei Verbände kritisch gegenüber dem Abkommen aus. **SALS-Schweiz** und **VSGP** kritisieren die für das Vereinigte Königreich im Abkommen gewährten bilateralen Kontingente für gewisse Agrarprodukte. Der **VSV** bedauert, dass das Abkommen für die Finanzdienstleistungsbranche keine Verbesserung mit sich bringt.

4 Ergebnisse der Konsultation nach Themenbereichen

4.1 Vorübergehende Risiken für die Wirtschaft bei einem ungeregelten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und Lücken im Bereich der technischen Handelshemmnisse

Da das Handelsabkommen Schweiz-UK bei einem ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU die bestehenden bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU im Handelsbereich nicht vollständig ersetzen kann, sehen verschiedene Wirtschaftsverbände (**economiesuisse, HKBB, SGB** und **Swiss Textiles**) und Kantone (insbesondere **AG, BL, LU** und **NE**) Risiken für die Schweizer Wirtschaft (und insbesondere die betroffenen Sektoren). Besorgt sind sie, weil insbesondere die Kapitel des MRA über Medizinprodukte, gewisse Präzisionsinstrumente und elektrische Betriebsmittel aufgrund der nicht gesicherten Äquivalenzanerkennung der betroffenen Regulierungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vorerst nicht anwendbar sind. Folglich sprechen sie sich dafür aus, dass die bestehenden Lücken im Handelsabkommen Schweiz-UK so schnell wie möglich abgedeckt werden und die Arbeiten zur Weiterentwicklung des Handelsabkommens Schweiz-UK (inkl. Lösungen für die verbleibenden Kapitel des MRA) werden begrüsst.

4.2 Einführung bilateraler Zollkontingente

ASSAF und **VSGP** sprechen sich gegen die zur Sicherstellung der Kontinuität der bestehenden Handelsflüsse im Handelsabkommen Schweiz-UK eingeführten bilateralen Zollkontingente aus. Dies, weil entsprechende Zollkontingente für Importe aus der EU im Rahmen des Landwirtschaftsabkommens nicht reduziert beziehungsweise neu ausgehandelt wurden, was zu einem Anstieg der Zollkontingente für Importe in die Schweiz führt. Der **VSGP** anerkennt, dass die entsprechenden Kontingente in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft wurden und damit keine direkten Auswirkungen auf Schweizer Produzenten erwartet werden. Die **ASSAF** und der **VSGP** befürchten aber, dass damit ein Präzedenzfall für den Fall eines EU-Austritts anderer EU-Mitgliedstaaten geschaffen wird und diese Praxis auch bei anderen Abkommen, wie beispielsweise beim Freihandelsabkommen mit dem Mercosur, übernommen werden könnte.

4.3 Ursprungsregeln

Swiss Textiles stellt fest, dass die Textilindustrie im Falle eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten zur Kumulation von Ursprungsregeln stärker betroffen wäre als andere Branchen. Im bilateralen Verkehr zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich kann mit Vormaterialien nur mit Ursprung EU kumuliert werden, sofern zwischen allen Parteien entweder ein Freihandelsabkommen oder zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Verwaltungen besteht. Da Ware den präferenziellen Ursprung bei der Einfuhr von der Schweiz in die EU verliert, wenn mit Vormaterialien aus dem Vereinigten Königreich kumuliert wurde, und es im Vereinigten Königreich grosse Textilproduktionsanlagen

gibt, hätten einige Schweizer Textilunternehmen bei einem ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zusätzliche Kosten zu tragen.

Swiss Textiles anerkennt, dass dieses Problem nicht im Rahmen des Handelsabkommens Schweiz-UK gelöst werden kann, sondern Anpassungen des Freihandelsabkommen Schweiz-EU, des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (PEM-Übereinkommen) und/oder ein Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erfordert. Die Textilindustrie bittet daher die Schweizer Verwaltung, auf einen raschen Abschluss der Verhandlungen über ein neues PEM-Übereinkommen hinzuarbeiten.

4.4 Schutz des geistigen Eigentums

Economiesuisse und **Scienceindustries** begrüssen eine mögliche Modernisierung des Handelsabkommens und heben hervor, dass ein substanzielles Verbesserungspotenzial besteht, insbesondere auch für den Schutz des geistigen Eigentums. **Interpharma** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Freihandelsabkommen von 1972 zwischen der Schweiz und der EU keine Bestimmungen zum für die Pharmaindustrie bedeutenden Schutz des geistigen Eigentums enthält. Es sei deshalb wichtig, zumindest den heute im Vereinigten Königreich als EU-Mitglied geltenden Status quo zu erhalten.

4.5 Fehlende Bestimmungen zu Arbeits- und Umweltstandards

Der **SGB** bedauert, dass das Handelsabkommen Schweiz-UK keine Bestimmungen zu Arbeits- und Umweltstandards enthält, während neuere Freihandelsabkommen der Schweiz in der Regel ein Kapitel zur Nachhaltigkeit umfassen. Der **SGB** hofft entsprechend, dass bei den Gesprächen über eine Modernisierung des Handelsabkommens Schweiz-UK ein Nachhaltigkeitskapitel vorrangig diskutiert wird.

4.6 Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen

Verschiedene Kantone begrüssen (**AG, AR, BE, BL, FR, GE, LU, NE, VS, ZH**) ausdrücklich die Bestrebungen des Bundesrats zum Ausbau der Beziehungen und hoffen, dass bestehende Lücken bald geschlossen (insbes. betreffend technische Handelshemmnisse; **AG, BL, LU, NE, ZH**) sowie zusätzliche Bereiche rasch geregelt werden können (insbes. im Bereich der Dienstleistungen; **GE**). Dies wird auch von mehreren Wirtschaftsverbänden (**Centre Patronal, economiesuisse**, **HKBB, Interpharma, scienceindustries, SGV, Swiss Textiles, VSV**) gefordert sowie von der SVP, FDP. Darüber hinaus schlägt der **SGV** vor**,** das Vereinigte Königreich bei einem Beitritt zur Europäische Freihandelsassoziation (EFTA, European Free Trade Association) zu unterstützen.

Der **VSV** bedauert, dass das Handelsabkommen Schweiz-UK keine wesentlichen Verbesserungen für den Finanzdienstleistungssektor mit sich bringt (insbesondere im Bereich der Bankdienstleistungen und Investitionen). Er fordert entsprechend, die vorgesehenen Explorationen über einen Ausbau der Handelsbeziehungen so bald wie möglich durchzuführen, um unter anderem ein massgeschneidertes Finanzdienstleistungsabkommen auszuhandeln, ein gemeinsames Engagement für die Unterstützung und Einhaltung globaler Normen für die Finanzaufsicht festzuhalten sowie einen gemeinsamen Ansatz zur Unterstützung der Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen auf globaler Ebene zu entwickeln.

5 Zusammenfassung

Ziel der Konsultation zum Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich war es, einen möglichst umfassenden Überblick über die Positionen der wichtigsten Akteure und anderer interessierter Parteien zu erhalten. Die wichtigsten Erkenntnisse aus den eingegangenen Stellungnahmen sind:

- Die überwiegende Mehrheit der Beteiligten befürwortet eindeutig das vorliegende Handelsabkommen Schweiz-UK. Einige Akteure befürchten negative Auswirkungen auf die Wirtschaft im Falle eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU, die mit dem Handelsabkommen Schweiz-UK nicht komplett aufgefangen werden können.
- Die teilweise kritischen Stellungnahmen äussern sich zwar grundsätzlich positiv zum ausgehandelten Handelsabkommen Schweiz-UK, fordern aber möglichst rasche Anpassungen beziehungsweise die umgehende Aufnahme von Gesprächen über einen Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.
- Kein konsultierter Interessenvertreter äusserte sich grundsätzlich gegen das Handelsabkommen Schweiz-UK.

Geäusserte Anpassungswünsche und Kritikpunkte umfassen:

- Die Tatsache, dass das Handelsabkommen Schweiz-UK keine wesentlichen Verbesserungen zum Status quo mit sich bringt (insbesondere betreffend (Finanz-)Dienstleistungshandel).
- Die Tatsache, dass nicht alle bestehenden Rechte und Pflichten in ein bilaterales Verhältnis überführt werden konnten.
- Fehlende Bestimmungen zu Arbeits- und Umweltstandards.
- Neue bilaterale Zollkontingente für gewisse Landwirtschaftsprodukte.
- Das festgehaltene Ziel einer vertieften Liberalisierung ohne expliziten Ausschluss von Landwirtschaftsprodukten.

6 Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden und Abkürzungen

Kantone

AG	Aargau
AI	Appenzell Innerrhoden
AR	Appenzell Ausserrhoden
BE	Bern
BL	Basel Landschaft
BS	Basel Stadt
FR	Freiburg
GL	Glarus
GR	Graubünden
JU	Jura
LU	Luzern
NE	Neuenburg
NW	Nidwalden
OW	Obwalden
SG	St. Gallen
SH	Schaffhausen
SO	Solothurn
TG	Thurgau
UR	Uri
VD	Waadt
VS	Wallis
ZG	Zug
ZH	Zürich
AG	Aargau
AI	Appenzell Innerrhoden
AR	Appenzell Ausserrhoden
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

CSPO	Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis
CSP-OW	Christlich-soziale Partei Obwalden csp-ow
LEGA	Lega dei Ticinesi (Lega)
MCG	Genfer Bürgerbewegung (MCG)
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei BDP
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei CVP
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP
FDP	FDP. Die Liberalen
GLP	Grünliberale Partei Schweiz glp
GPS	Grüne Partei der Schweiz GPS
PDA	Partei der Arbeit PDA
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS
SVP	Schweizerische Volkspartei SVP

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
SSV	Schweizerischer Städteverband

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Nationale Dachverbände der Wirtschaft / associazioni mantello nazionali dell'economia

SBV	Schweizerische Bankiervereinigung (SBV)
economiesuisse	Verband der Schweizer Unternehmen
KFMV	Kaufmännischer Verband Schweiz
Travail.Suisse	Dachverband der Arbeitnehmenden
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
SBV	Schweiz. Bauernverband (SBV)
SGB	Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB)

Andere

CCIG	Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève
CP	Centre Patronal
FER	Fédération des Entreprises Romandes
GastroSchweiz	Verband für Hotellerie und Restauration in der Schweiz
H+	Die Spitäler der Schweiz
Handel Schweiz	Dachverband des Schweizerischen Handels
HKBB	Handelskammer beider Basel
Interpharma	Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz
SALS-Schweiz	Schweizerische Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor
scienceindustries	Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences
Swiss Textiles	Textilverband Schweiz
VSGP	Verband Schweizer Gemüseproduzenten
VSV	Verband Schweizerischer Vermogensverwalter